

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringelohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftstags von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191.

Dresden, Freitag den 20. August 1909.

20. Jahrg.

Der Generalausstand in Schweden.

Bereits die dritte Woche dauert nun der große Kampf schwedischer Arbeiterklasse. Ein kurzer Rückblick auf die Ereignisse dieser Wochen ist daher um so mehr am Platze, nach den übereinstimmenden Nachrichten der bürgerlichen Presse aus Stockholm sich die Regierung jetzt entschlossen haben eine ernste Vermittlungssaktion einzuleiten. Uebereinstimmend wird berichtet, daß die Regierung hierzu aus den Kreisen der Unternehmer selbst gedrängt wird, die eben die riesigen Kosten, die ihnen die Laktion ihrer Zeitung eingebracht hat, mehr zu tragen vermögen.

Als die Gewerkschaftsvorstände am 20. Juli den Beschlüssen, die von der Unternehmerzentrale drohenden Ausperrungen mit dem allgemeinen Ausstande zu beantworten, sobald sie zur Ausführung kämen, konnten sie noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob dieser Beschluß eine derartige einmütige Aufnahme der Arbeiterklasse finden würde. Wohl wußten sie, daß die Arbeiterklasse nichts Schlimmeres wünschte, als einen entscheidenden Kampf die fortwährenden Ausperrungen der Unternehmer für die folgenden Jahre zu machen. Darüber bestand nirgends ein Zweifel, daß während der Krise notwendige Ausweichungen vor diesen Ausperrungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern nicht gerade auf Sympathien stieß, wenn sie auch anerkennen mußten, wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse die Gewerkschaften nicht anders handeln konnten.

Schon im Jahre 1908 war die Generalausperrung der Unternehmerzentrale angeordnet gewesen. Nur durch die Vermittlungssaktion der Regierung unterblieb damals. Aber die Verhängung kam erst in so später Stunde, daß die Unternehmerzentrale die Ausperrung telegraphisch rückgängig machen mußte. Seitdem ist es nicht mit größeren oder kleineren Ausperrungen geblieben, die aber immer wieder durch Verhandlungen abgewendet wurden. Aber schließlich hat alles einmal ein Ende. Die Gewerkschaftsvorstände mußten, wollten sie nicht die weitere Fortführung dieser Laktion ermantern und größere Wutstimmung in die Kreise ihrer Mitglieder durch eine entscheidende Aktion diesen Zuständen einbringen.

Die Ausführung des Beschlusses vom 20. Juli durch die Arbeiterklasse selbst zeigt zunächst, daß die Gewerkschaften die Situation richtig beurteilt hatten. Als am 20. August die Arbeitseinstellung erfolgte, wurde bereits am nächsten Tage nach oberflächlicher Schätzung festgestellt, daß täglich der 80 000 Ausgesperrten 200 000 Arbeiter ausgingen. Wenn man in Betracht zieht, daß die Gewerkschaft selbst, soweit sie der Landeszentrale angehört, nur 165 000 Mitglieder zählt, wovon etwa 5000 nach dem Ausstand die Arbeit nicht einstellen sollten, so wird man annehmen müssen, daß die Arbeitseinstellung auf der ganzen Linie einmütig erfolgt war. Es wurde der Beweis erbracht, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Situation begriffen hatten und daß ihre gewerkschaftliche Organisation und Disziplin vollständig ausreichten, um den Beschlüssen der Gewerkschaftsvorstände einmütig zur Ausführung zu bringen.

Aber darüber hinaus haben sich auch die Organisationen der gewerkschaftlichen Landeszentrale nicht angeschlossen. Auch diese Arbeiter, die mehr aus tatsächlichen Gründen, oder aber auch teilweise aus finanziellen Ursachen der Landesorganisation bisher ferngehalten haben, erweisen den Ernst der Situation, und als die Aufforderung zur Arbeitseinstellung an die Mitglieder der Landesorganisation der Gewerkschaften erging, haben sich auch diese mit den eigenen Arbeitern des Landes in diesem schweren Kampfe solidarisch erklärt.

Von besonderer Bedeutung war nach dieser Richtung hin die Stellung der Buchdrucker, die, tarifvertraglich gesehen, demnach einmütig erklärten, daß die Solidaritätskassen und die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterklasse ihnen als das geschriebene Wort in einem Tarifvertrage die Auffassung ist insoweit auch von der Arbeiterklasse anerkannt worden; selbst aus juristischen Kreisen Schwedens ist betont worden, daß es ebenationen der Notwehr gibt, in denen das geschriebene Gesetz von den wörtlichen Bestimmungen weicht.

In der deutschen Presse hat besonders der jetzt in Stockholm lebende Führer der Demokratie, Dr. Rudolf Breitscheid, im Hinblick auf diese Auffassung recht energisch verurteilt. Er erklärt da, daß das Urteilsvermögen des Advo-katen nicht ausreicht, um in einer derartigen Situation, in der die Interessen der Arbeiterklasse auf dem Spiele stehen, eine Entscheidung zu treffen.

Aber darüber hinaus ist auch die Auffassung, die der Generalausstand der schwedischen Buchdrucker bezeugt hat, ein Interesse. Der Verbandsvorstand hatte von vornherein die Absicht deutlich kundgegeben, den Vertrag zu halten, sollte in diesem Kampfe die Neutralität wahren. Aber am Ende der Kampf begannen, wurde von der Gegenpartei der Buchdrucker diese Neutralität, die die Arbeiter selbst ihren wollten, in schändlicher Weise gebrochen. Eine wahre Klammert von Verleumdungen ergoß sich in der bürgerlichen Presse Schwedens, und es wurde schließlich den Buch-

Arbeiter!

Entschlossen und tapfer führen eure schwedischen Brüder ihren Kampf gegen brutale Unternehmerwillkür.

Sie kämpfen euren Kampf!

Die Reihen des schwedischen Unternehmertums beginnen zu wanken.

Sorgt ihr dafür, daß der Sieg eurer schwedischen Brüder glänzend und unwiderstehlich wird.

Klassenengenossen rechnen auf eure opferwillige Unterstützung!

Laßt sie nicht im Stich!

Sie kämpfen euren Kampf!

druckern unmöglich, sich zu verteidigen dieser Verleumdungs- und Schwindelektionen der bürgerlichen Blätter herzugeben. Von dieser Seite aus gesehen, ist es auch vom Standpunkte der Buchdruckerorganisation schließlich erklärbar, daß die Dauer des Kampfes den Vertrag suspendieren zu müssen.

Aber über die Kreise der organisierten Arbeiterklasse hinaus sind auch die Unorganisierten in großer Zahl in den Ausstand getreten. Man rechnet jetzt bei Beginn der dritten Streikwoche mit einer Gesamtbeteiligung am Kampfe von mehr als 300 000 Arbeitern. Von diesen 300 000 Arbeitern sind aber rund 100 000 unorganisiert bzw. bis zu diesem Kampfe unorganisiert gewesen, da während des Kampfes eine große Zahl davon sich den Gewerkschaften angeschlossen hat. Also selbst die bisher indifferenten Arbeiterkreise haben in diesem entscheidenden Kampfe begriffen, daß es sich um Lebensinteressen der Arbeiterklasse des Landes handelt. Um wieviel mehr mußte da nicht diese Erkenntnis bei den gutorganisierten und von gutem gewerkschaftlichen Geiste besetzten Buchdruckern des Landes vorhanden sein!

Als ein außerordentlich wichtiges Ergebnis des Kampfes ist also die volle Einmütigkeit der Arbeiterklasse Schwedens festzustellen. Schon diese Tatsache allein wäre ein ungeheurer großer Gewinn und er allein würde die Opfer aufwiegen, die die Gewerkschaften mit ihrem Beschlusse auf sich nahmen. Aber damit nicht genug. Schon die Tatsache, daß 300 000 Arbeiter des Landes, davon 100 000 unorganisierte, der Aufforderung der Gewerkschaften, die Arbeit einzustellen, Folge leisteten, wird ein für allemal dem Unternehmertum die größte Vorahnung in seinen künftigen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse aufzwingen. Es muß als vollständig abgeschlossen angesehen werden, daß die zentralisierte Unternehmernorganisation in absehbarer Zeit mit den gleichen Ausperrungsbeschlüssen wie bisher kommen wird.

Also bereits das volle Gelingen der Arbeitseinstellung an sich hat im Grunde genommen den Gewerkschaften das gebracht, um das sie kämpften. Die Taktik der Unternehmernorganisation, auf jede kleinste Differenz mit großen Ausperrungen zu antworten, kann heute bereits als durchkreuzt angesehen werden. Dazu werden auch die ungeheuerlichen Verluste beitragen, die dem Unternehmertum, dem gesamten schwedischen Erwerbsleben in diesen drei Wochen geschlagen sind. Die tägliche Produktion der schwedischen Industrie hat nach Schätzungen einen Wert von etwa 5 Millionen Kronen. Das in der schwedischen Industrie investierte Kapital erfordert täglich mindestens 500 000 Kronen zur Verzinsung. Diesen Verlust hat das Unternehmertum oder bei Zahlungsunfähigkeit Verluste für das Unternehmertum unter allen Umständen zu decken. Dazu kommt eine viertel Million Kronen, die die Unternehmernorganisation täglich zur Führung des Kampfes ausgeben muß, so daß also hier bereits drei Viertel Millionen Kronen direkt oder verliert der Staat, die Verkehrsgesellschaften und alle anderen Einrichtungen, die an dem Funktionieren der Industrie interessiert sind, alle Einkünfte während der Dauer des Kampfes. So sind also ganz ungeheuerliche Verluste auf allen Seiten zu verzeichnen und wenn genau berechnet wird, so bedeutet der Ausfall des Arbeitslohnes für die Arbeiter herzlich wenig gegen die Verluste, die die Industrie und die sonstigen Erwerbskreise zu verzeichnen haben.

An diesen Verlusten ist aber auch in hervorragendem

Maße deutsches Kapital beteiligt. Auch wir haben darauf hingewiesen, daß in der schwedischen Industrie grobe deutsche Kapitalien investiert seien. Diese Tatsache hat denn auch die deutsche bürgerliche Presse veranlaßt, in den letzten Tagen in ihrer Berichterstattung einen Umklapp eintreten zu lassen. Hört man in den ersten 1 1/2 Wochen des Kampfes nichts anderes als die größten Verhöhnungen und Schimpfereien über die ausländische Arbeiterklasse, so ist jetzt plötzlich der Blick auf diese Verluste der Industrie gerichtet worden, und die plötzliche Vermittlungsfreundlichkeit der schwedischen Regierung, die zweifellos durch den Druck der dortigen Unternehmungskreise herbeigeführt wurde, hat sicherlich auch einige Anregungen von außerhalb bekommen.

Die Eisenbahner haben bei ihrer Abstimmung mit Mehrheit die Teilnahme am Kampfe beschlossen, aber die statistisch vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht. Es war aber auch gar nicht möglich, daß die Eisenbahner die Arbeit jetzt einstellen, da schon der Zustand in der schwedischen Industrie dahin wirkt, daß die Eisenbahnen keine große Beschäftigung haben. Gegen 25 Prozent der schwedischen Eisenbahnen sind aus Mangel an Fracht und Passagieren eingestellt und im Schiffsverkehr machen sich die gleichen Wirkungen bemerkbar.

So hat also der Ausstand der schwedischen Arbeiter nach zweiwöchiger Dauer bereits das ganze Erwerbsleben lahmgelegt. Die Entschlossenheit, mit der die Arbeiterklasse den Kampf führt, wird das Unternehmertum schon jetzt davon überzeugen haben, daß man gegen diese Arbeiterklasse die Brutalität nicht gar zu weit treiben darf.

Sollte die angekündigte Vermittlungssaktion der schwedischen Regierung in den nächsten Tagen perfekt werden, so dürfte es für das Unternehmertum angebracht sein, diese Tatsachen zu beachten.

Gegen die Scharfmacher im Lager der Unternehmern macht sich ein wachsender Widerstand aus den eigenen Reihen geltend. Begreiflich genug. Den schweren Schaden des Stillstandes tragen am meisten die kleineren Betriebe, denen es viel mehr auf die Erhaltung ihrer Existenz als um das Prinzip des absoluten „Derr im Hause“-Seins ankommt. Indessen wird diese Bewegung fürs erste noch nicht ausreichen, um den Trotz der großen Kapitalisten und ihrer politischen Sachwalter zu brechen. Es werden noch weitere Lehren hinzukommen müssen. Immerhin fordert bereits eine Reihe bürgerlicher Blätter das vermittelnde Eingreifen der Staatsgewalt. Dieser macht sich diese vornehmlich durch allerhand Propagandierungen der Streikenden bemerklich. Doch haben alle Propagandierungen bei der glänzenden Haltung unserer tapferen und zugleich besonnenen schwedischen Genossen keinen Erfolg.

Den Arbeitern kommt, wie Genosse M. H. H. dem Stettiner Volksboten aus Malmö schreibt, die frühzeitige Erkenntnis von der Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation jetzt trefflich zustatten. Die Bäckerei-Genossenschaft, die vom Streik ausgeschlossen ist, steht in vollem Betrieb und gibt das Brot unentgeltlich an die Streikenden ab. Die Verteilung vollzieht sich mit ertönllicher Ruhe und Ordnung. Der Volksparat, gleichfalls eine genossenschaftliche Unternehmung im schuldnerfreien Besitz der Arbeiterklasse (Wert 2 1/2 Millionen) verteilt täglich Tausende streikender Arbeiter mit ihren Familien. Die Musik liefern streikende Musiker. Von 18 000 Arbeitern sind dort 12 000 organisiert, und der Rest beteiligt sich gleichfalls am Streik, wohlverstanden, ohne Aussicht auf Streikunterstützung. Die Organisationen haben an ihre Mitglieder die Aufforderung gerichtet, auch nach dem Streik auf K. I. S. H. O. I. zu verzichten.

Einem Artikel der Neuen Zeit, in dem Genosse Sjalmar Branting über den Kampf in Schweden schreibt, entnehmen wir folgenden Wahrspruch:

Ueber den bisherigen Verlauf des Massenstreiks hat die Tagespresse berichtet. Es ist, wie eine linksliberale norwegische Zeitung sich ausgedrückt hat, „das Große geschehen, daß immer noch nichts geschehen ist“. Die Ruhe und Ordnung, womit die Dreihunderttausend ihren Kampf begonnen und geführt haben, ohne Aussicht auf nennenswerte Unterstützung durch ihre Organisationen, von der ganzen bürgerlichen Presse mit den gewaltfamsten und giftigsten Angriffen immer und immer wieder überschüttet und von den Behörden mit Militär umgeben und zum Beispiel in Stockholm gezwungen, die Wiederaufnahme des Verkehrs der Straßenbahnen und Droschken durch Leute des „freiwilligen Schutzkorps“ der agierenden Sozialisten ruhig anzusehen — das zeigt eine solche Disziplin und eine Reife des schwedischen Proletariats, die sogar den Feinden wider ihren Willen imponiert und die diese Augusttage des Massenstreiks von 1909 in der Geschichte des schwedischen Volkes und des Proletariats aller Länder unvergesslich einschreiben werden. Bergebens gebärden sich in diesen Tagen die frechtsten Erzählungen der bürgerlichen Presse als berufene Säter der Moral gegen die „empörenden Rechtsverletzungen“, der sich besonders die Buchdrucker schuldig gemacht haben sollen, indem sie, ihre Klassenverpflichtungen in einer Situation wie die jetzige über die Bestimmungen ihres Tarifvertrages setzend, die Arbeit auch niederlegen haben, um den Kampf dadurch, wenn möglich, abzukürzen. Und die schlimmsten Heber für Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterpresse, daselbst Preßgefeindel, das eben noch vor

dem blutigen Jaren froch und die Sozialdemokratie wegen der menschenwürdigen Tötung eines schwedischen Generals durch einen hirnverbrannten Anarchisten denunzierte, schreit jetzt zum Himmel, daß die „Freiheit in Gefahr“ sei, weil sie in diesen Tagen alle ihre falschen Nachrichten und Tendenzschriften nicht so wirksam wie bisher verbreiten können — leider ist übrigens das Niederlegen der Arbeit der Buchdrucker nicht so wirksam geworden, wie sie es selbst gehofft hatten.

Alle diese Fälschungen des Kampfes werden indessen heute noch von dem einzigen großen Eindruck beherrscht: 200 000 organisierte schwedische Arbeiter, die noch 100 000 bisher nicht organisierte mitgeriffen haben, stehen schon seit mehr als einer Woche im Ausstand, ohne Danken, ohne irgendeine Ausdauer, ruhig, aber fest entschlossen, der übrigen Gesellschaft gegenüber zu zeigen, daß sie sich nicht in einem von der Position wegdrängen lassen werden, die sie in schweren Gewerkschaftskämpfen erobert als Mitbestimmende bei der Festlegung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen.

Das kampfmüde Unternehmertum.

Dem V. L. wird aus Stockholm telegraphiert: In vielen bürgerlichen Blättern kommt der Wunsch einer baldigen Schlichtung des Streikarbeitskampfes zum Ausdruck. So schreibt Stockholms Tidningen, ein baldiger Abbruch des Streiks sei nötig, denn die schwedische Industrie habe bereits durch den Arbeitskampf ungeheure Werte eingebüßt und werde, wenn der Kampf nicht bald zu Ende gehe, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren.

Wie das schwedische Regierungsgeschäft in Stockholm Morgenblatt meldet, wird noch in dieser Woche der Versuch gemacht werden, in dem Arbeitskampf zu vermitteln. Das Regierungsgeschäft hofft, wenn auch die Streikleitung von der Position wegdrängen lassen werden, die sie in sich selbst die Initiative zur Abhandlung einer Vermittlung ergreifen könne, so werde sie sich doch einer Bestrebung Außenstehender, einen Vergleich herbeizuführen, nicht entgegenstellen. Diese Meldung erregt großes Aufsehen, weil es gestern noch hieß, daß die Regierung sich bis auf weiteres passiv verhalten werde. Die veränderte Haltung der Regierung ist auf einen starken Druck durch die Unternehmerorganisationen zurückzuführen.

Wie der Massenstreik auf den Bahnverkehr gewirkt hat, erhellt aus folgenden Ziffern: Von den 351 schienenmäßigen Personenzügen der Staatsbahnen sind 15 Züge nicht im Verkehr. Von 270 Güterzügen der Staatsbahn sind 90 außer Betrieb. Die 142 Privatbahnen Schwedens haben dem Verkehr 97 Züge entzogen.

Die kampffreudige Arbeiterschaft.

Die Eisenbahner haben beschlossen, die den Streikenden zu gewährenden wöchentlichen Beiträge zu erhöhen. Ueber den Verlauf des Streiks läßt sich sicheres noch nicht sagen. Offiziell heißt es, daß dieser Streik für die Landwirte völlig ungefährlich sei und nur einen geringen Umfang habe; die Arbeiterleitung läßt aber durch das Streikorgan Evidenz erklären, daß der Landarbeitersstreik sich von Gegend zu Gegend verbreite, und daß es nur durch die spärlich eingehenden Meldungen den Anschein gewinnt, als sei dieser Streik ohne Bedeutung. Ruhe und Ordnung bestehen in allen Landesteilen weiter. Ein paar gestern verbreitete Meldungen von Attentatsversuchen betrafen in Wirklichkeit ganz belanglose Vorgänge.

Stockholm, 19. August. Das Streikkomiteeblatt konstatiert, daß heute noch mindestens 300 000 Arbeiter streiken. Das Blatt stellt fünf Spalten mit Orten aus, wo gestern beschlossen wurde, weiterzustreiken. Gestern fand hier eine kleinere Demonstration gegen die Arbeitswilligen einer Schokoladenfabrik statt. Tumulte werden aus Örebro und Umgebung gemeldet, wo Militär requiriert wurde.

Revolutionen durch „werbende Elemente“.

Stockholm, 19. August. Gestern Abend hat auf dem Markt von Sömdal, umweil Gärbo, eine Kundgebung stattgefunden. Zwei Personen waren wegen Bedrohung Arbeitswilliger von der Polizei festgenommen worden; der eine der Verhafteten suchte aus dem Kreislauf zu entweichen. Fünfshundert Streikende, die sich außerhalb des Streiklokals versammelt hatten, wollten ihm bei der Flucht behilflich sein. Die Polizei zog die Wäpeler, um die Streikenden von ihrem Vorhaben abzuhalten. Von Örebro herbeigekommene berittene Polizei trieb die Menge auseinander.

Stockholm, 19. August. Der Vorstand des sozialistischen schwedischen Arbeiterverbandes erklärt in einem Rundschreiben an seine Mitglieder, daß er den Streik jetzt nicht mehr billigen könne, und fordert auf, möglichst am 28. d. M. die Arbeit wieder aufzunehmen.

Morgende Unternehmer.

Stockholm, 19. August. Wie die Zeitung Tagen meldet, strengen sämtliche bürgerlichen Zeitungen einen Protest gegen den schwedischen Typographenverband an, weil er das Liebereinkommen mit den Zeitungen gebrochen und diesen dadurch Schaden zugefügt habe. Die Zeitungen fordern die Festsetzung des Schadens, den sie bisher durch den Streik erlitten haben und noch erleiden werden.

Stockholm, 19. August. Die großen Buchdrucker von Stockholm werden sich voraussichtlich noch heute dem Vorgehen der Zeitungverleger anschließen und den Typographenverband auf Schadenersatz verklagen. Die Verleger und Druckereibesitzer in der Provinz dürften sich in den nächsten Tagen zu gleichem Vorgehen entschließen.

Hamburg. Die Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs haben für die schwedische Arbeiterschaft eine Unterstützung von 10 000 M. bewilligt.

Die hilflosen Kreisblätter.

Der Zusammenbruch der Bülow'schen Politik hat über die preussischen Kreisblätter fürchterliche Angst gebracht. Das Kreisblatt ist abhängig von den Weisungen der Regierung, das heißt in erster Reihe des Landrats, der in den Mittel- und Kleinstädten die ganze Regierungsmacht in sich verkörpert. Das Kreisblatt ist also stets auch kontervoth, denn die Regierung und der Landrat sind kontervoth. Dieser Normalzustand preussischer Verhältnisse ist aber durch die neue Zerrüttung in der Reichspolitik aufs ärgste erschüttert worden. Sollen die Kreisblattredakteure auch nach Bülow's Sturz noch im Sinne der liberalisierenden Reichspolitik die „gutgeleitete“ Vorkriegszeit beeinflussen? Sollen sie mit Bülow über die Kontervothheit zittern wegen der Erblasser-

steuerverweigerung? Oder sollen sie die letzte Wendung der Ereignisse schweigend mitmachen und das verteidigen, was sie gestern verurteilt haben? Die amnestigen Intentionen der amtlichen Kreisblätter wissen um so weniger, wohin sie laufen sollen, da die leitenden Regierungspolitiker in Berlin selbst noch nicht zu einer bestimmten Stellungnahme zu gelangen sich getrauen. Welche Lösung soll denn Herr v. Bethmann-Hollweg an die bedienstete Presse ausgeben? Soll er mit dem Handbuch gegen die Junker schreiben lassen oder mit den Junkern gegen den Handbuch? Am liebsten möchte er natürlich die feindlichen Elemente wieder miteinander versöhnen, aber das ist bei der andauernden Erbitterung, die auf beiden Seiten herrscht, und bei den Gegenläufigen, die in wichtigen Fragen bestehen, sehr schwierig. So sitzen denn seit Mitte Juli die dienstbesessenen Kreisblattleute jämmerlich in der Patsche.

Allmählich, aber sicher gewinnen die Konservativen auch auf diesem wichtigen Agitationsgebiete wieder die Oberhand. Die Kreuzzeitung behauptet die Regierung bringend, sie solle endlich mitteilen, die „unberechtigten“ Angriffe auf die Steuerpolitik ihrer Partei abzuwehren. „Es ist in Deutschland — so schreibt die Kreuzzeitung — und überhaupt in der Welt noch nicht dagewesen, daß sich eine Regierung 500 Millionen Mark neuer Steuern bewilligen läßt, noch dazu größtenteils Gehalts-erhöhungen, und dann jämmerlich und mit gekreuzten Armen den Angriffen zusieht, die gegen die außerbereite, bewilligende Parla-mentsschicht gerichtet werden. Schließlich wird noch erwähnt, daß es seit dem Abgange Bismarck nur einen Minister gegeben hat, der allgemeinen Verstandes das für die Regierung, auf welche Weise man die öffentlichen Meinung vom Standpunkt der allgemeinen Staatsinteressen unverfänglich orientieren könne. Das ist der Minister von Koeller gewesen. Leider sei sein Plan nicht weiter verfolgt worden, man sei vielmehr auf den Abweg der Begünstigung parteiloser Blätter geraten, die auf politisch denkende Leser keinen Einfluß haben.“ Die Kreuzzeitung hält es daher für eine wichtige Aufgabe des neuen Reichskanzlers und des Ministers des Innern, für eine Organisation des Preßdienstes der Regierung Sorge zu tragen, bei der Verhältnisse wie das gegenwärtige sich nicht wiederholen können. Die Junker halten es für selbstverständlich, daß die Regierung alle von ihr abhängigen Organe für kontervothe Interessen in Bewegung setzt.

Und die Kreisblätter beginnen bereits sich „neu zu orientieren“. Eine Korrespondenz, die, wie die Deutsche Tageszeitung erklärt, „auf Veranlassung der Regierung an die Kreisblätter versandt wird“, veröffentlicht einen Artikel, der ganz und gar den konservativen Wünschen entspricht. Der Artikel trägt die Überschrift „Ehre und Lügen-spiel“. Er richtet sich heftig gegen die bürgerlichen Blätter, die jetzt die Schuld an den neuen Steuerlasten auf die konservativen Liberalen Bundesgenossen werfen, und verteidigt eifrig die Haltung der Konservativen zur Erblassersteuer. Natürlich spielt in diesem Artikel eine Hauptrolle der Hinweis, daß durch die „Verheerung“, die von den Liberalen betrieben werde, nur die Revolutionärpartei, die Sozialdemokratie, den Vorteil haben werde. Der Artikel schließt mit wunderlichem Pathos:

„Darum fort mit dem elenden Lügenpiel, das Volkstoben und Volkstiele bis ins innerste Mark zu verfallen droht und dessen Früchte einzig und allein die internationale Revolutionärpartei in ihren Schauern birgt. Der alte Feind unseres V. L., der böle Loh, der unheiligen Parteihaber, den einst Bismarck vor Gott und der Welt als den ärgsten Schädling deutscher Macht und Größe angeklagt hat, er ist gegenwärtig mehr denn je am Werke, eine Saat des Verderbens unter uns auszustreuen. Diesem bösen Geiste und seinen Regungen entgegenzutreten, ist darum heute die vornehmste Pflicht jedes einseitigen Patrioten, und sie muß schnell und gründlich erfüllt werden; denn der Ernst der Stunde ist groß!“

Ein deraartiger Artikel, der die konservativen Steuerpolitik schädigt und seiert, ist — das ist das bemerkenswerte — auf Veranlassung der Regierung an die Kreisblätter gegeben worden! Freilich ist nicht bekannt, welche Regierungshilfe hier als „die Regierung“ bezeichnet wird. Die Deutsche Tageszeitung bemerkt mit deutlicher Spitze gegen den Reichskanzler:

„Ob diese Kundgebung auch nur mittelbar aus den Reichskanzler zurückzuführen ist, erscheint uns sehr fraglich. Schon der ferne Ton ist dazu denn doch zu wenig diplomatisch.“

Es ist ohne Zweifel eine hohe preussische Regierungshilfe, von der die den Konservativen so wohlgefällige Rede an die Kreisblätter ergeht. Die preussischen Minister und die Landräte rücken wieder eng zusammen, um „ferne Töne“ zur Feier der Junkerpolitik in die Kreisblätter zu blasen. Bald werden die armen Intendanten der Kreisblattpresse wieder genau wissen, was sie zu schreiben haben!

Deutsches Reich.

Der neue Kriegsminister.

Herr v. Heeringen, der neue Kriegsminister, hat einem Mitarbeiter der Döner-Zeitung in Steettin einige Mitteilungen über seine bevorstehende Tätigkeit gemacht. Der Mitarbeiter befragte ihn, ob man vielleicht für die Durchführung größerer Heeresvermehrungen die rüstige Arbeitskraft des neuen Kriegsministers zu gewinnen bestrebt gewesen sei. General von Heeringen erwiderte: Derartige Projekte beständen, so viel ihm bisher bekannt sei, nicht. Der Minister wies dabei, so wird mitgeteilt, auf die gegenwärtige ungenügende Finanzlage hin, die ja auch schon die Aufstellung des letzten Militärkretats beeinflusst habe, und die sich in der Armeeverwaltung überall fühlbar mache. „Das deutsche Heer sei ja nur ein Teil des großen Volksgenusses und leide unter der Finanznot genau so wie das übrige Volk. Was von überflüssigen Ausgaben, die da und dort in der Heeresverwaltung gemacht würden, in den Zeitungen siehe, sei sicher übertrieben. Gewiß könne hier und dort in Einzelheiten noch etwas gespart werden, aber im allgemeinen arbeite man hier ebenso harmonisch wie überall, und überflüssige Ausgaben seien nicht häufiger, als wie sie eben in jedem großen Betriebe, auch in Privatbetrieben, vorkommen.“ Was nach Ablauf des Quinquennats geschehe, darüber sei eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Der Ausfrager brachte das Gespräch dann auf den Großen Bepeln und die Luftschiffahrt. Auf seine Erkundigung nach den etwaigen Plänen für den Ausbau der Luftschiffahrt erwiderte Herr v. Heeringen: „Ich weiß darüber noch nicht mehr, wie jeder andere und was ich eben auch den Zeitungen einnehmen habe. Mey und Köhn haben jetzt ihre Luftschiffstationen, und wenn ich nicht irre, stand kürzlich in den Zeitungen, daß auch Mainz in Aussicht genommen sei. Die Vernehmung der Luftschiffahrt findet eben auch ihre Grenze in der neuen Finanzlage. Die Mittel, die bei der Aufstellung des Militärkretats vorgegeben worden können, sind beschränkt, und wenn für das Luftschiffwesen besonders große Aufwendungen gemacht werden sollten, so würde dies dafür eine Einschränkung auf

anderen Gebieten der Militärverwaltung zur notwendigen haben, was natürlich nicht angeht.“

Diese Mitteilungen zeigen, daß der neue Herr Kriegsminister eigentlich von nichts et was weiß. Er hätte bei dem Ausfrager sagen sollen, daß er ihm nichts sagen könne. Er hätte aber, was überhaupt aus den Mitteilungen des Reichskanzlers herauszukommen, läßt den neuen Mann gerade als Reichskanzler überaus erscheinen. Daß das Heer unter der Finanznot leide wie das übrige Volk, ist ein gar an das Komische grenzender Ausdruck, zumal die Heeresausgaben gerade die Ursache der Finanznot bilden. Wenn erst die Finanznot gebessert wird, so kann immerhin deutlich genug aus dem General's Mund, daß er wohl noch viel mehr Geld in das Militärwesen stecken möchte, als er jetzt so wenig zu denken. Zwar hat es Bülow angedeutet, daß in Militärwesen Exproprietate gemacht werden könnten, aber es ist mit diesem Versprechen genau so gekommen wie mit Bülow's anderen schönen Redensarten.

Der „Ehrenlohn“ der Veteranen.

Der Reichstag hat kurz vor Schluß der Session, ohne daß in dem Trübel besonders beachtet wurde, ein Gesetz erlassen, nach dem die Veteranen, die mindestens 60 Jahre alt sind, und deren Einkommen 600 M. jährlich nicht übersteigt, eine Beihilfe von jährlich 120 M. zu beziehen ist. Die alten Veteranen hatten sich darüber gefreut, denn sie dachten, daß sie nun einen Teil der Beihilfe der Bundesrat hat nämlich bisher zu dem Gesetz, der Initiative des Reichstags entgegenzusetzen ist, noch nicht angenommen. Und es ist immer noch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmen wird, und daß die Veteranen nichts.

Wie heißt es doch in dem bekannten Lied: „Komm, Du nimmst den Bettelstab, Soldat bist Du gewesen!“

Die christlichen Arbeitervereine.

Der Reichstagsabgeordnete Schiffer, der Vorsitzende des christlichen Zentralarbeitsverbandes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, hat in Aachen eine Versammlung gehalten, um den verheerenden Wirkungen entgegenzutreten, die die Steuerlasten des Zentrums bei der Finanzreform im Hinblick der katholischen Arbeiterschaft gehabt haben. Man hat sich nicht getraut, eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, auch nur die Versammlungsteilnehmer auf die katholische Arbeiterschaft zu beschränken, sondern man hat nur die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften zusammenberufen und von ihnen eine Resolution annehmen lassen, die die christlichen Gewerkschaften gegen die sozialdemokratischen Angriffe in Schutz nimmt.

Man muß sich wundern, daß der Kaiserliche Volksfreund, ein Zentrumsblatt, die Ausführungen Schiffer's, die zweifellos in allen Teilen für die Öffentlichkeit bestimmt waren, ungenutzt bringt. So erklärt man denn folgende Offenherzigkeiten des christlichen Arbeiterabgeordneten:

„Für die Haltung derjenigen Parteien, die bei der Finanzreform mitgewirkt haben, sind zum Teil ungeheure politische, politische Gründe in Betracht gekommen. Aber ich politische Gründe kann ich heute nicht reden...“

Und an einer anderen Stelle:

„Bei der Verheerung des Erbes der Kinder haben eminent wichtige, politische Dinge mit, die ich nicht reden kann. Wir hatten aber auch fastliche Gründe, wenn wir gegen die Steuer gestimmt haben...“

Der Herr Abgeordnete gibt hier unverblümt zu, daß er als feinesgleichen die Interessen der Arbeiter zugunsten der politischen Interessen der Zentrumspartei verraten haben. Und weshalb haben sie das getan? Herr Schiffer gibt Auskunft darüber:

„Es ist nun auch Rücksichtnahme unserer christlichen Abgeordneten nötig auf die Partei? Wie werden sich nicht haben: Warum treten sie im Parlament nicht radikal auf? Wenn wir auf unsere Partei nicht diejenige Rücksicht nehmen, welche einfach nach und nach billig ist, wenn wir einseitige Interessenpolitik treiben würden, könnte uns keine politische Partei ein Wort zu sagen.“

Also dem Reichstagsmandat zuliebe verkaufen die christlichen „Arbeitervertreter“ ihre Schutzbeschlüsse an das Zentrum; sie lassen sich nicht von dem Interesse des arbeitenden Volkes leiten, sondern von den politischen Plänen des Zentrums, das den Bülow'schen Stützen und den schwarzen Block am besten Stelle setzen wollte.

Blodglüste.

In der Presse der miteinander zerfallenen Blodglüstenparteien machen sich, täglich zunehmend, Anzeichen bemerkbar, die auf eine Einigung hindeuten. Die Konservativen mahnen den Liberalismus, sich doch endlich zu beruhigen; nachdem die Finanzreform fertig sei, stehe man vor einer anderen großen Aufgabe, mit der sich der lokale Staatsbürger beschäftigen habe. Zudem hätten von dem Zwist zwischen „Staatsverfallenden“ doch nur die radikalen Richtungen Anteil. Die nationalliberale Presse ist diesen Worten keineswegs unzugänglich. Sie hat Angst vor den Zentrumsheerführern und meint, das Zentrum könne nicht ausgeschaltet werden, wenn man mit den Konservativen Frieden schließe. Die Dortmund-Zeitung, die die Interessen des rheinisch-westfälischen Grubentapitals vertritt, erklärt sogar den nationalliberalen Parteifreunden, daß Programme und Ideen ganz gut seien — mit diesen Dingen allein könne man aber keine Politik machen. Der Artikel schließt mit der Ermahnung: „Endlich hinweg mit den täglichen ellenlangen Streit- und Gehortiteln zwischen Konservativen und Liberalen!“

Einweg mit sentimentaler Vergeltung, die haben sie Scheinend nur wenig erspürerisch gewirkt. Es scheint eine ganz Anzahl von liberalen „Unentwegten“ zu geben, die durchaus bereit ist, freudig neue Beiträge gegen nationalliberale Blodglüster entgegenzunehmen.

„Fürsorge“ für hilfbedürftige Kinder.

In einem längerer Artikel über diese Frage führt die Frankfurter Zeitung aus: „Selbst dann, wenn der Armenverband die Pflicht formell anerkennt und hilfbedürftigen Kindern offiziell eine Verlosung angebotet läßt, wie sieht die Verlosung aus! Da sind wieder jüngst erschreckliche Fälle aus Bayern berichtet worden; sie können durch amtliche Dokumente bezeugt werden. Da sind arme Kinder, die bei den Familien des Ortes sich reichum essen mußten; wie das auf Körper und Seele des Kindes wirkt, läßt sich leicht einsehen. Da sind andere Kinder, denen zwar dieses Vermögen erspart wird, die vom Armenverband in feste Pflegsstellen ver-

Sozialdemokr. Verein
für den 6. sächs. Reichstagswahlkreis.

Vorstand: Sekretariat: 3 Köhler, Post Dresden, Friedrichstraße Nr. 77a, I. Etage.

Vorstand: Sekretariat: Montag von 8 bis 11 Uhr und 2 bis 6 Uhr, Dienstag bis 7 Uhr abends.

Sonntag den 22. August 1909, nachmittags halb 3 Uhr

Kreis-Mitglieder-Versammlung

im Deutschen Haus in Postchappel.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben des Parteitages in Leipzig.
2. Bestätigung der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen!

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.

Sonntag den 22. August 1909

im Garten-Abteil Linckesches Bad, Bautzner Straße

Allgemeines Sommer-Fest.

Darbietungen: Instrumental-Konzert, turnerische Aufführungen, humoristisches Sommertheater a la Witwe Magnus, Gabenlotterie, Preisschiessen, Ringwerfen, Radbude, Rutschbahn, Kaspertheater, Kinderspiele. Abends Lamptanz.

Anfang nachmittags 3 Uhr. Anfang nachmittags 8 Uhr.

Karten, a 10 Pf., die zu freiem Eintritt in den Saal berechtigen, sind im Verbandsbureau, bei den Vertrauensleuten und den Beitragskassieren zu haben.

Die Mitglieder unserer Jugend-Abteilung haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freien Eintritt.

Sozialdemokratischer Verein
für den 6. sächlichen Reichstagswahlkreis.

Vorstand: Sekretariat: 3 Köhler, Post Dresden, Friedrichstraße 77a, I. Etage. Sonntags: 10 bis 12 Uhr, 2 bis 6 Uhr, Montag bis 7 Uhr abends.

Gruppe Kaitz-Leubnitz.

Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, sich Sonntag den 22. August, vormittags 10 Uhr, im Talschlösschen, Kaitz und im Bergschlösschen, Leubnitz-Neustadt, zur Zeitungs-Agitation zahlreich einzufinden.

Die Verwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filliale Dresden.

Sonntag den 22. August 1909, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses, Ritzbergstraße.

Tages-Ordnung:

1. Die neuen Steuern und die Gewerkschaften.
2. Der Kampf der städtischen Arbeiter in Kiel.
3. Der Generalfstreik in Schweden.
4. Verbandsangelegenheiten.

Angesichts der äußerst wichtigen und reichhaltigen Tages-Ordnung erwartet zahlreiche Besuch.

Die Verwaltung.

Sonntag den 22. August, von nachmittags 3 1/2 Uhr an

Grosses Sommer-Fest.

in der Rätshsburg, Grosenhainer Straße.

Karten a 10 Pf. sind bei den Kassierern zu haben.

Um recht regen Zutritt bietet

Das Komitee.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Sonntag den 22. August, nachmittags 3 Uhr

Vertrauensmänner-Versammlung

im kleinen Saale des Volkshauses, Ritzstraße 13.

Tages-Ordnung:

1. Der Generalfstreik in Schweden.
2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zu jedem Punkt Debatte.

Das Erscheinen aller Bezirkskassierer, Redaktoren und Mandatlegierten ist dringend notwendig.

Der Zweigvereinsvorstand.

Arbeiter-Radf.-Verein
„Frisch auf“, Deuben

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonntag den 22. August in Angermanns Gasthof in Döhlen

9. Stiftungs-Fest.

Beginn des Tanzes nach 4 Uhr. Um 7 Uhr: Konzert, Reigen- und Kunstfahrten. Nachdem Fortsetzung des Tanzes. — Eintritt 30 Pf.

Hierzu ladet alle Freunde und Gönner des Vereins sowie die Bundesvereine der umliegenden Ortsteile ganz ergebenst ein

Das Komitee.

Turnverein „Carola“, Kleinnaundorf

M. d. A. - T. - B.

Sonntag den 22. August 1909

Bierzigstes Stiftungsfest.

Von 2-2 1/2 Uhr: Empfang der Vereine.

Von 3 Uhr an: Gemeinsames Turnen.

Von 5 Uhr an: Grosser BALL.

Freunde und Gönner ladet ergebenst ein

Der Turnrat.

Franz Mützen

Ref. zur Schmiedeherbege

Jacob, Ede Röhrhofstraße.

Wollschuhe und Stiefel, Berg- und Touristenstiefel, gut und billig, Richard Nicolai, Al. Kirchstraße 1.

Deutsch. Holzarbeiterverband

Zahlstelle Dresden.

Montag den 23. August 1909, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Ritzbergstraße 2

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Vom Handwerk zum Druft. Ref.: Genosse Dr. Gradnauer

Gewerkschaftliches.

Die Delegierten sind verpflichtet, in den Werkstätten auf die Versammlung besonders aufmerksam zu machen. — Mitglieder zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Verwaltung.

Total-Ausverkauf

wegen

Geschäfts-Aufgabe.

Das seit Jahren bestehende Geschäft in

Herren- u. Knaben-Garderoben

Gebrüder Deutsch

7 Frauenstr. * DRESDEN * Frauenstr. 7

muß anderer Unternehmungen wegen vollständig aufgelöst werden.

Unser Lager, im Verkaufswerte von zirka 45 000 Mk., soll auf schnellstem Wege ausverkauft werden, und haben wir daher, um eine möglichst rasche Räumung zu erzielen, die Preise sämtlicher Waren bis fast auf die Hälfte herabgesetzt.

Wir offerieren:

- Einigen Posten Herren-Anzüge, Serie I Mk. 12.75, früher bis 24.— Mk.
- Einigen Posten Herren-Anzüge, Serie II Mk. 18.50, früher bis 32.— Mk.
- Einigen Posten Herren-Anzüge, Serie III Mk. 24.—, früher bis 40.— Mk.
- Einigen Posten Gehrock- u. Frack-Anzüge von 24.— bis 36.— Mk., fr. bis 60.— Mk.
- usw. usw.
- Einigen Posten Burschen-Anzüge, jetzt 8.75, 12.—, 16.—, 18.50, früher bis 36.— Mk.
- Einigen Posten Kinder-Anzüge, hochleg. Sachen, jetzt 1.50, 2.—, 2.75, 3.50, früher bis 10.— Mk.
- Einigen Posten Winter- und Sommer-Paletots, jetzt 8.50, 10.75, 13.— bis 26.— Mk.
- früher bis 45.— Mk.
- Einigen Posten Winter- und Sommer-Joppen, jetzt 1.80, 2.50, 4.—, 6.50, 9.50, früher bis 20.— Mk.
- Einigen Posten Stoff-, Zwirn- und Lederhosen, jetzt 1.25, 1.80, 2.50 bis 16.50 Mk.

Einzelne Westen, Kinderhosen, Waschsachen usw. für jeden annehmbaren Preis.

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

Gebrüder Deutsch

DRESDEN-A.

nur Frauenstrasse 7, neben Drogerie C. G. Klepperbein

Fallobst!

Meine 25 Pf.

in der Obstkude am Gasthof Döllnisch

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. getz. wie a. neuen G- und D-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kinderkleidern, a. i. Verleihen.

10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Fleißner, Dresden-Löbtau.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Reinhold Stähler, Dresden.

Druck und Verlag: Raden & Komp., Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191.

Dresden, Freitag den 20 August 1908

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren für 1908

Die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren für 1908 erschienen. Sie sind in der bisherigen Weise bearbeitet worden und womöglich noch dürftiger im Inhalt als ihre Vorgänger. Wir beschränken uns heute darauf, einige Auszüge aus dem Berichte der Kreisfabrikinspektoren Dresden zu geben. Es wird da zunächst mitgeteilt, daß der bisherige Fabrikinspektionsbezirk Dresden in zwei geteilt worden ist, und zwar in Dresden I und Dresden II. Ersterer umfaßt den Stadtbezirk Dresden rechts der Elbe und die Kreisfabrikinspektionsbezirke Neustadt und Pirna, letzterer den Stadtbezirk links der Elbe und die Kreisfabrikinspektionsbezirke Dresden-Alstadt. Auf dem 1. Januar 1907 betrug die Zahl der Betriebe mit 47 647 Arbeitern, auf dem 1. Januar 1908 mit 48 867 Arbeitern. Das über ein Ardenjahr schwerer Art berichtet wird, ergibt sich daraus, daß in einigen Industriezweigen die Arbeiterbeschäftigung ist, so in der Industrie der Steine und Erden, in der Metallverarbeitung um 80%, in einigen anderen Branchen ist jedoch eine Vermehrung des Personals erfolgt. Über die Arbeitslosigkeit in Dresden wird folgendes mitgeteilt: Am 12. Oktober wurden 4427 männliche und 1374 weibliche Personen, zusammen 5801 Arbeitslose oder 12,5% der Bevölkerung gezählt. Am gleichen Tage betrug die Zahl der Arbeitslosen in den 6 Jahren 1902 bis 1907 im Durchschnitt 1,64, 1,29, 1,09, 0,93, 0,77 und 0,72. Vermutlich hat die Zahl der Arbeitslosen im letzten Berichtsjahre noch zugenommen. Einzelne Berufsgruppen, namentlich der Metall- und Maschinenindustrie sowie des Baugewerbes und des Kleingewerbes, sind in besonders hohem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen worden. So waren Ende Dezember von den rund 12 000 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes, Verwaltung und Aufsicht, 1063 arbeitslos. Zur selben Zeit zählte der Zentralverband der Zimmerer, Sächsische Dresden, 1816 Arbeitslose gegen 10 am Anfang des Jahres. Auch bei den im Deutschen Arbeiterverbande vereinigten Berufsgruppen wurden die Folgen der Arbeitslosigkeit sehr empfindlich. Sie liegt bei den Zimmerern dieses Verbandes von 288 Ende 1907 Ende 1908, bei der Holzindustrie in Rabenau, die von 877 am Anfang des Jahres, bei den im Deutschen Arbeiterverbande vereinigten Berufsgruppen 787 am 1. Januar 1908, bei den Tischlern, konnte der verminderten Arbeitslosigkeit nur durch Zuweisung vorübergehender Beschäftigung gesteuert werden. Aus den Mitteilungen geht ferner hervor, daß die Arbeitsnachweise in Dresden und Umgebung zu demselben Resultate geführt haben, die von einer ausgebreiteten Arbeitslosigkeit zeugen. Über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter geht der Bericht über die wichtigsten Dinge hinweg, obwohl gerade darüber viel zu sagen wäre. Es heißt darüber: Dem Rückgang der Beschäftigung entsprechend war das Einkommen der Arbeiter in dem einen niedriger als im Vorjahre. Die Erhaltung des Lebensstandes wurde hierbei weniger durch eine Erhöhung der Lohnsätze als durch Einschränkungen der Arbeitszeit gesichert. Die Preise der Nahrungsmittel haben wesentliche Erhöhungen nicht erfahren. Wenn die Preise eine Erhöhung nicht erfahren hätten, damit gesagt sein, daß die übertriebenen hohen Preise aus dem Jahre 1907 hätten weiter bezahlt werden müssen. Tatsächlich sind einige wichtigen Lebensmittel eine empfindliche Erhöhung erfahren. Die Mittelungen aus der Kreisfabrikinspektionsberichte über die Arbeiterverhältnisse sind, sie bezeugen doch, daß die Verhältnisse der Arbeiter im Jahre 1908 sehr schlechter geworden sind.

Die Landtagswahlrecht.

Die Landtagswahlrecht, die Zeit für die Wahlhandlung zu verlängern und auf fünf Stunden zu beschränken, wie es eine Anzahl Gemeindevorstände in der Kreisfabrikinspektionsbezirk Dresden-Alstadt geplant hatte, ist nicht durchgegangen. Aus Dresden wird uns mitgeteilt, daß der Gemeindevorstand die Wahlzeit von vormittags 10 Uhr bis 7 Uhr festgelegt habe. Offenbar ist das Deutscher in anderen Gemeinden nachahmung. Am Deutscher Gemeinderat soll bei dieser Gelegenheit bestritten sein, daß eine Vereinbarung über die Wahlzeit zwischen den Gemeindevorständen der genannten Kreisfabrikinspektionsbezirke nicht durchzuführen sei, sondern mehr eine private Angelegenheit sei. Es kam höchstens ein, daß an dieser Beziehung nicht zu entscheiden dieses Bezirks teilgenommen haben und die Konventionen ähnlicher Charakter getragen hat, sondern mehr eine private Angelegenheit sei. Wie dem auch gewesen sein möge, die Wahlzeit wurde am vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr festgelegt. Aufgab war es, das Widerstand dieser Maßnahmen nachzugehen. Wir wollen nur wünschen, daß unser Klammern allezeit haben möge wie in Deuten.

Keine Landtagsauflösung.

Im Dresdner Journal wird offenbar auf Veranlassung der Regierung folgendes richtig gestellt: Die in der Tagespresse veröffentlichte Mitteilung, Ende dieses Monats werde die Auflösung der Kammer der sächsischen Ständeversammlung zu erwarten sein, ist nach § 41 des Wahlgesetzes die letzte Wahlperiode in ihrem Bestand verbleibt bis zur Neuwahl der Kammer nach dem neuen Wahlgesetz, und daß nach dem durch das Wahlgesetz (§ 2) abgedruckten § 71 der Verfassungsurkunde die Kammer auf jedes Jahre gewählt werden. Durch diese Abänderung ist die sogenannte Drittelerneuerung der Kammer der sächsischen Ständeversammlung erloschen. Daher mit der Neuwahl der Abgeordneten. Einer formellen Auflösung der Kammer bedarf es bei dieser Rechtslage nicht. Da nun diese belanglose Formalität vollzogen wird oder nicht, ist recht gleichgültig. An der vollständigen Erneuerung der Kammer bei den nächsten Wahlen kann ja kein Zweifel bestehen. Die Hauptsache ist, daß das sächsische Volk endlich erwacht, wenn die Landtagswahlen vorgenommen werden.

bestehen. Die Hauptsache ist, daß das sächsische Volk endlich erwacht, wenn die Landtagswahlen vorgenommen werden.

Auf der Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Sanalhaber in Zwickau

Die Oberbürgermeister Keil eine bemerkenswerte Ansprache, deren Tendenz sich gegen die Reichsfinanzreform richtete. Durch die neuen Finanzgesetze würden hauptsächlich die kleinsten Bevölkerung und der gewerbliche Mittelstand belastet, während der große Besitz, namentlich der Großgrundbesitz, verhältnismäßig weit weniger in Mitleidenschaft gezogen werde. Die Zukunft werde lehren, daß keine Hauptaufgabe sich bewahrheiten werde.

Der Abg. V. A. als Vizepräsident des abgegangenen Ministerpräsidenten als einen liberalen und feinfühligem Mann, der bemüht gewesen, den in Sachsen vorherrschenden Bismarckismus dem praktischen Leben näher zu bringen.

Aus der für die Hauptversammlung vorbereiteten Tagesordnung sind für die Öffentlichkeit nur die Anträge von Gemmin, Dösch und Zwickau-Band bemerkenswert.

Die ersten beiden die Langzeitversicherung (hauptsächlich für die ländlichen Bevölkerung) und die Abklärung der letzten beiden von Dösch. In der Diskussion wurde lebhaft darüber geredet, daß alle seit 3 Jahren in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen an die Regierung zurückgegeben sind. Selbst ein Antrag zum König habe keine Befreiung erzielt. (1)

Für das abgehende Verhalten der Regierung wurde zunächst die Weisheit, die ihre Jugendideale (das Biersteuern beim. Sauten u. M.) ganz vergessen zu haben, verantwortlich gemacht und in zweiter Linie das Vorgehen der Abklärer. Die Regierung habe allem Anschein nach auf dem Standpunkte, daß in Sachsen genug getan werde und eine Langzeitversicherung sich deshalb erübrige. Demgegenüber wurde von den Sachverständigen hervorgehoben, daß das Leben auf dem Lande sich erheblich auf die Jugend wirke, außerdem böten die Langzeitversicherungen dem an die Arbeit gebundenen Volk eine gewisse Erholung. Das Vertrauen zur Regierung sei erschüttert, weitere Eingaben an sie deshalb zwecklos. Man müsse sich daher direkt an den Landtag wenden, der in seiner neuen Zusammenlegung jedenfalls mehr Verständnis für die Bedenken der Sachverständigen an den Tag legen werde. Eine weitere Aufgabe sei, die Landtagsabgeordneten auf ihre Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen zu prüfen, um dementsprechend das Stimmrecht ausüben zu können.

Die Anträge fanden denn auch in gebührendem Sinne Annahme. Ein Antrag Zwickau-Band in bezug auf Bekämpfung der Wirte bei Zulassung von Minderjährigen zu öffentlichen Tanzveranstaltungen, sowie bei Ueberführungen von Personenverhältnissen zeigte ebenfalls eine sehr rege Aussprache, bei welcher das „diskussionäre Ermeßen“ der unteren Verwaltungsbehörden in ein großes Licht gerückt wurde. Die Klagen, welche über die harte Handhabung der Tanzregulierung durch die Kreisfabrikinspektoren ganz Sachsen vorgebracht wurden, erweilten sich als nur zu berechtigt. Ganzsächlich wurde in den Kreisfabrikinspektionsbezirken Auerbach und Marienberg rigoreös vorgefahren. So wurde z. B. aus dem Auerbacher Bezirk mitgeteilt, daß den Wirten bei Strafe der Kontingenzentziehung verboten sei, Konsumanten ohne Begleitung Erwachsener Speisen und Getränke zu verabreichen. Die Folge davon sei, daß unter Umständen sächsisches Geld über die Grenze nach Böhmen wandere, wobei sich auch die Fortbildungsschüler nützlich, weil man dort bessere Bestimmungen nicht kenne. Ein anderer Wirt des Bezirkes sei wegen Ueberführung der Polizeihunde in einem Monat mit 30 und 50 M. bestraft worden. In einem anderen Bezirk wurde der Wirt sogar bestraft, weil ein Kind mit vier Kindern vor einem Weibchen im Langhals Schuh gelacht habe. Natürlich wurde auch der Vater bestraft. Die Anträge fanden denn auch in der Hoffnung Annahme, daß die sächsische Staatsregierung ein Einsehen habe, denn wenn sie von den Wirten Steuern verlange, müsse sie ihnen auch die Möglichkeit geben, Geld zu verdienen.

Vom Segen der Sozialreform.

Die Spulerin Schmießer in Stolberg, von der das sächsische Gutachten sagt, daß sie eine schwächliche Frau mit getrümmtem Rücken ist, deren Ernährung sehr viel zu wünschen übrig läßt und deren Kraft in der Hand sehr gering ist, bekam trotzdem keine Rente. Die noch vorhandene Erwerbsfähigkeit schätzte der Arzt auf 60 Proz. Nun möchte man meinen, der Arzt würde mindestens auf einige Zeit Krankenrente befürworten, damit die arme, abgearbeitete Frau etwas mehr essen könnte, daß sie nicht zu hungern brauche. Aber das Gegenteil legte er in seinem Gutachten nieder. Weber Invalidenrenten Krankenrente könne sie erhalten. Die Anwesenden wies nach darauf hin, daß sie klüder Kugen habe, die räumen, daß die Witte konvalesz Nr. 7, die sie trage, keinen Ausblick habe. Von ihrem früheren Arbeitgeber ist die Frau Mitte Januar 1908 nach dessen Angabe wegen Mangel an Beschäftigung entlassen worden. Dies hätte die Versicherungsanstalt ein. Sie lehnte die Rentenbewilligung ab, mit der Begründung, daß Arbeitsmangel den Bezug der Invalidenrente nicht rechtfertige. Gegen die Ablehnung legte die Frau Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Chemnitz ein. Sie bemerkte, daß sie tatsächlich außer Stande sei, Erwerbsarbeit zu verrichten. Ein Arzt hatte sie als zu 75 Proz. in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert bezeichnet, der Betriebsarzt kam aber bei seiner Schätzung nur auf eine Minderung von 40 Proz. und sagte, daß die Zurückweisung des Rentenanspruchs. — So sieht die Sozialpolitik in Deutschland in der Praxis aus.

Freiberg. Die Lage der Tabakarbeiter in Freiberg ist zurzeit äußerst unsicher. Die Firma Wolf u. Komp. und Schmirler u. Schuberth lassen die Werke überhaupt nicht arbeiten; erstere hat sämtliche Arbeiter bei der Krankenkasse abgemeldet. Den Arbeitern wurde erklärt, man wolle die Beiträge sparen, in Wirklichkeit wird es sich darum handeln, daß man nicht alle Arbeiter wieder einstellen wird. In diesen zwei Betrieben kommen 200 Arbeiter in Betracht. Die Firma Eugen Uhlmann hat ihren Arbeitern (200 Mann) bekannt gegeben, daß der Betrieb nächsten Sonnabend auf 2 bis 3 Wochen geschlossen wird; die Zeit will man dazu benutzen, die Gänge auszuweihen zu lassen. Was die 2 bis 3 Wochen unrentierlicher Ferien für eine Arbeiterfamilie bedeutet, kann sich jeder leicht vorstellen. Bei der Firma Wittenswei mußten die Arbeiter am Mittwoch auf Montag wieder aufgenommen werden. Die Zigarrenfabrikier arbeiten nur noch den Vorrat auf, dann ist auch der ihnen Schluß. Die Firma Eugen Uhlmann hat ihre zwei Sortierer ebenfalls entlassen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Sauppe werden. Die Arbeiter haben drei Tage gefeiert und heute Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch werden nur 3 halbe Tage gearbeitet; mittags 12 Uhr ist schon Freitagabend. In anderen Betrieben wurde nur am Montag wegen Aufnahme des Rohabfalls gefeiert. So macht sich die verheerende Wirkung der Tabakarbeiter in unserem Ort schon jetzt recht fühlbar, doch ist zu befürchten, daß das nur der Anfang ist. Da jetzt noch überall für die zu erwartenden Weihnachtsaufträge gearbeitet wird, dürfte die wirkliche Krise erst zu Anfang

des nächsten Jahres eintreten. So sehen die Tabakarbeiter infolge der herrlichen Reichsfinanzreform mit bangendem Herzen einer traurigen Zukunft entgegen.

Aue. Der Schülerstreik dauert fort. Nach einer Darstellung des Kuratoriums haben es die Ausständigen abgelehnt, in Verhandlungen mit diesem einzutreten, um die Differenzen in Güte zu schlichten. Jetzt hat das Kuratorium folgende Bekanntmachung erlassen:

„Da die Schülerchaft die Brücke, die ihr das Kuratorium gebaut, durch mündliche Verhandlungen die Angelegenheit in Güte beizulegen, nicht betreten hat, so eröffnen wir der Schülerchaft, daß das Kuratorium nunmehr verlangt, daß die Schüler Mittwoch den 12. August, früh 7 Uhr, die Schule wieder besuchen. Diejenigen Schüler, die die Schule dann nicht besuchen, haben ihre Entlassung zu gemässigen. Ihre Belwerden können die Schüler schriftlich einreichen, und wir werden diese dann prüfen.“ Ob die übertriebene Schärfe den beabsichtigten Zweck der Einschüchterung der Schüler erreicht, erscheint zweifelhaft. Bisher sehen sie fest. Die Sympathie der Lehrer soll bei den Schülern sein.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Die sächsische Kriegsfahrt nach Meß hat jetzt wieder ein Opfer gefordert. Aus Meß wird gemeldet: Allgemeine Anteilnahme bringt man hier dem erfolgten Ableben der noch im rüstigen Lebensalter stehenden Frau Hermine Schrotz im benachbarten Fischendorf entgegen. Sie nahm im Juni d. J. an der verhängnisvollen Kriegsfahrt nach Meß teil und erkrankte ebenfalls am Typhus. Frau Schrotz ist das zweite Opfer, das der Tod unter den Teilnehmern der Fahrt forderte. Von den 18 Teilnehmern aus Meß und Umgebung ist außer Frau Schrotz noch eine andere Dame schwer erkrankt. — Der in Meerane wegen schwerer sittlicher Verfehlungen verhaftete Kaufmann G. hat sich nachdem er ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, im Laufe der Nacht im Amtsgerichtsgefängnis erhängt. G. war früher Feldwebel, mußte aber gehen. — Auf dem Rittergut Oberwieschütz bei Döbeln verunglückte der Arbeiter Wendel dadurch tödlich, daß ihn beim Einschleppen eines Erntewagens in die Scheune die seitwärts schlagende Deckel an die Wand fiel, wodurch ihm der Brustkorb eingebrückt wurde. — Zu einem Familien drama trauriger Art hat sich das Schicksal des Meißener Meisters Schöner aus Schönheide gestaltet, der, wie gemeldet, unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet wurde. Aus Verweigerung hierüber erwiderte sich kürzlich seine Ehefrau. Nun hat sich auch Schöner selbst, der im hiesigen Gefängnis interniert war, das Leben genommen, indem er sich erhängte. — Der frühere Hausbesitzer Barth in Augustsburg verfuhr auf den Hausbesitzer Schlorke, der einen Prozeß gegen Barth gegen den Oberlandesgericht gewonnen hatte, ein Revolverattentat. Schlorke's Wohnung war jedoch mit einer Sicherheitskette versehen, so daß G. nur durch den Spalt schießen konnte. Dabei verletzte er sich schwer am rechten Bein. — Ein Eisenbahnunglück ereignete sich am Donnerstag früh 4½ Uhr auf dem Bahnhof in Meß. Dem um diese Zeit von Meerane eintreffenden Personenzug fuhr eine Rangiermaschine in die Fronte. Hierdurch wurden drei Personenwagen am Gleise geworfen und schwer beschädigt. Eine Anzahl Personen hat leichteere Kopfverletzungen davongetragen. Der hintere Teil des tenders der Rangiermaschine wurde vollständig zertrümmert. Der Führer und der Heizer erlitten schwere Verletzungen. Der Heizer mußte mittels Kranenwagens nach dem Krankenhaus transportiert werden. — Beim Wasserleitungsbau der Gemeinde Bernsdorf erplanderte ein angulegender Stollen eine beim Abwischen sitzengeliebene Dynamitpatrone, wodurch ein italienischer Arbeiter sehr schwer verletzt wurde, so daß an seinem Aufkommen zu zweifeln ist; sein Augenlicht geht er jedenfalls ein. Ein zweiter Arbeiter erlitt leichtere Verletzungen.

Stadt-Chronik.

Die Wirkungen der Biersteuer in Dresden und Umgegend.

Nachdem am 15. August die neue Biersteuer in Kraft getreten ist, machen sich ihre Wirkungen in sehr unangenehmer Weise den Konsumenten und Wirten bemerkbar.

Die Dresdner Brauereien dauern natürlich nicht daran, etwa ihre Dividenden zu beschneiden oder an Direktoren- usw. Gehältern zu sparen, sondern sie suchen die Steuer zunächst auf ihre Abnehmer abzuwälzen. Man mußte erst, daß sie den Preis um 5 M. pro Hektoliter verteuern würden, trotzdem selbst nach den kühnsten Berechnungen die Steuer kaum mehr als 1,80 bis 1,90 M. pro Hektoliter die Produktion verteuert. Aber die Brauereien fürchten bei allzu habwidernem Ausschlag einen Sturm des Unwillens und der Empörung und sie „begünstigen“ sich mit einem Ausschlag von 2,80 M. resp. 3 M. Sie begründeten diesen durch die Steuer keineswegs allein zu rechtfertigenden Ausschlag u. a. auch mit allerhand anderen Belastungen, als Vertierung der Beste, des Hafers, der Pferde, und natürlich — wo dürften diese fehlen — mit den gesüßigten Arbeitslöhnen.

Nun kommen die Abnehmer, die Wirte. Sie verhielten sich verhalten sich ganz verschieden. Ein Teil, wahrscheinlich aufwendiger, in langjährigem Besitz befindliche Restauranten behielten die alten Preise und trabe bei. Ob das nicht nur ein schlaues Schachzug ist und sie, wenn sich der erste Sturm gelegt hat, nicht später doch noch die erhöhten Preise einführen, muß abgewartet werden. Bei der vorigen Erhöhung der Biersteuer konnte diese Erfahrung wenigstens oft gemacht werden.

Der Verein freier Gast- und Schenkwirtze beschloß eine Erhöhung, die ja in unserer Zeitung mitgeteilt wurde. Sie stellt sich wie folgt: Einfach ¼ Liter 5 Pf., 3/4 Hektoliter 8 Pf., Lager und Böhmisches ¼ Liter 10 Pf., 3/4 Hektoliter 15 Pf., Aulmbacher und Wändener ¼ Liter 15 Pf., 3/4 Hektoliter 20 Pf.; ebenso werden sich die Preise künftig im Volkshaus stellen. Wir sagten schon damals, daß diese Beschlüsse wenigstens etwas Rücksicht auf die Konsumenten nehmen. Tatsächlich tragen diese Wirte etwa 30 Pf. des Ausschlags der Brauereien selbst.

Der Erste Verein Dresdner Gastwirts ging über diesen verhältnismäßig mäßigen Ausschlag weit hinaus: Er berechnet das Hektoliter Einfach mit 2½ Pf., Lager und Böhmisches mit 4½ Pf., Aulmbacher und Wändener mit 6 Pf. Das bedeutet eine Vertierung des Produktes weit über das hinaus, was sie selbst an die Brauereien mehr zu zahlen haben. Nur sagen diese Wirte: durch den Wegfall der ganzen Extraverbindlichkeiten der Brauereien, wie der Befugnis von Abendessen, Firmenfeste, Bogenschießen, Schladtsfesten, Weihnachts- und Geburtstagsgastmahlen sowie der Befugnis der freien Lieferung von Eis wird diese Preisverhöhung mehr als wett gemacht. Das dürfte aber kaum zutreffen.

denn nach anderen Berechnungen von Sachverständigen... macht das nicht mehr als 25 Pf. pro Hektoliter aus.

Die Mitglieder dieser Gärtnervereine... wie Platanen der Grund, Vögel usw., sind ebenfalls bedenklich...

Die Saalbesitzer wollen noch höher gehen. Sie behaupten, viel höhere Umsätze zu haben.

Auch die Bierhändler haben allerdings häufig zu nennende Aufschläge auf das Flaschenbier vorgenommen: 1 Pf. für die Flasche (1/2 Liter) Einmal, 2 Pf. auf die Flasche (1/2 Liter) Lager und Vögel, ebenso bei den ersten Bieren.

So sehen in Dresden und Umgebung die Wirkungen der Biersteuer aus. Sie sind ganz besonders schmerzhaft für die Konsumenten. Schon im Reichstage wurde von Regierungseite gesagt, sie müsse auf die Konsumenten abgewälzt werden.

Auch die Brauereien, die ja noch einen kleinen Ertragsbeitrag bei der Biersteuer machen, werden unter Umständen, nämlich dann, wenn der Konsum des Bieres wesentlich zurückgeht, ebenfalls unter den Wirkungen der Biersteuer zu leiden haben.

Alle diese Dinge werden sich hoffentlich vor Augen halten, daß es die bürgerlichen Parteien gewesen sind, die ihnen diese Suppe eingebracht und die sie nun auszufüllen haben.

Den Dresdner Gastwirten ist vorzumerken, daß sie sich den Brauereien ohne schärfsten Widerstand gefügt haben.

Die neuerdings berichtet wird, sollen auf dem hiesigen Hauptbahnhof nun doch noch die früher schon gemeldeten, jedoch bestrittenen enormen Biersteuererhöhungen durchgeführt sein.

Einige Meldungen von auswärts über die Bierpreiserhöhung dürften unsere Leser interessieren: Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

Die meisten Wirt in Oshag hatten am 15. August eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen, obgleich in einer vorhergehenden Wirterversammlung eine Einigung über die Höhe des Aufschlags nicht erzielt worden war.

weilten gehören nicht in einen Bund, wo sie mit Fabrikanten und Unternehmern zusammenstehen, sondern in eine Vereinigung, wo nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind. Das haben z. B. nur Gegner der Arbeitgeber zu finden sind.

Wegen Festhaltung eines Reichsbankdirektors... flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel.

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

flaut der Metallarbeiter Schubert gegen die... drücker Lener u. Hangel. Der Kläger ist am 1. im... mit 1000 M. beteiligt und erhielt dafür die... 20 Pf. für Lager und Vögel 15 Pf. für 0.4 Liter...

ht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Leipzig 1909.

(Fortsetzung)

Die Stimmzahl des Jahres 1906. Bei der Abgeordnetenwahl am 13. Oktober verloren sie das Mandat für das Rürstentum Lübeck. Sie zogen jedoch wieder mit vier Abgeordneten in den neugebildeten Landtag ein, weil der neue Landtag vier Abgeordnete mehr hat, 44 statt sonst 40 Abgeordnete. Von den neuen Mandaten entfiel eines auf das Amt Rürstingen, welches ein festerer Weichland unserer Partei ist.

In Anhalt, wo am 25. September Wahlmännerwahlen stattfanden, fanden unsere Genossen einer Koalition der Gegner gegenüber. Dennoch gelang es ihnen, in Witten-Rienburg, Sandersleben und in Bernburg die Mehrheit der Wahlmänner zu erlangen. In Bernburg hatten sie jedoch nur 67 Wahlmänner von 133. Bei der Abgeordnetenwahl wurden die Mandate von vier Wahlmännern unserer Partei für ungültig erklärt, weil in dem Bezirk, wo die Genossen gewählt waren, der Wahlvorsteher es unterlassen hatte, die Zähler aufzufordern, im Wahllokal zu bleiben, um bei einer etwaigen Stichwahl mitzuwählen zu können. Durch diese Unterlassung einer nicht zu unserer Partei gehörenden Wahlvorsteher verloren unsere Genossen vier Mandate der Wahlmänner und dadurch zwei Abgeordnetenmandate. Obwohl die Stimmzahl erheblich gestiegen, sank die Zahl der Abgeordneten von drei auf ein Mitglied des Landtages.

In Oester, wo in Zwischenräumen von drei Jahren die Hälfte der Kammer neu gewählt wird, schieden 1908 von den sieben Mitgliedern unserer Partei in der Kammer vier Genossen aus. Bei den Wahlen am 28. Oktober fanden sich zwei Gruppen gegenüber. Das Zentrum hatte sich mit den Nationalliberalen und anderen Reaktionsären verbündet, während unsere Genossen ein Bündnis mit den Freiwählern abschließen konnten. In Mainz gelang es dem reaktionären Partei, uns unsere beiden Mandate zu entreißen, während die beiden Offenbacher Mandate, Offenbach-Stadt und -Land, gehalten wurden.

In Kaiserslautern in der Pfalz, wo für den verstorbenen Genossen Ehrhart eine Nachwahl stattgefunden hatte, wurde nicht nur das Mandat der Partei erhalten, sondern unsere Genossen hatten einen Stimmengewinn von 585, während die Volkspartei mit einem Stimmverlust von 728 Stimmen abschloß.

In Lippe, wo am 7. Dezember 1908 Neuwahlen zum Landtag stattfanden, lag unsere Stimmzahl in der dritten Klasse von 2560 im Jahre 1904 auf 3712 Stimmen; trotzdem erlangten unsere Genossen nur ein Mandat, während sie bisher drei Mandate besessen hatten.

In Bremen fand eine Neuwahl der Hälfte der Bürgerchaft statt. Die Landesregierung besteht aus 150 Mitgliedern, die auf Grund eines Klassenwahlrechts gewählt werden. Da der größte Teil der Wähler aus den „Massen“, die genau genommen nur kleine Interessentenkreise der Bourgeoisie sind, ernannt werden, so kommt für die Wahlen nicht die Hälfte der Wähler in Betracht. Unter den Ausgeschiedenen befanden sich acht Sozialdemokraten. In den 26 Bezirken wurden von 17 070 Wählern 14 154 Stimmen abgegeben, wovon 5206 Stimmen auf Sozialdemokraten entfielen. In sieben Bezirken erlangten unsere Genossen die Mehrheit. Da die Fraktion aus 17 Mitgliedern bestand und an Stelle der acht ausgeschiedenen Genossen nur sieben wiedergewählt wurden, sank die Zahl der Fraktionsmitglieder auf 10.

Am 26. November wurde in Schwaburg-Rudolstadt der Landtag neu gewählt. Unsere Genossen hatten sieben Sitze. Sie unterlagen in zwei Kreisen, die sie bisher besessen hatten, erwarben aber einen neuen Kreis.

Im Landtage des Herzogtums Braunschweig, der bisher zu den wenigen Landtagen gehörte, in denen keine Sozialdemokraten saßen, wurde am 18. Januar der erste Sozialdemokrat gewählt.

In Ostsa, wo man das Mandat des Genossen Vogt für ungültig erklärt hatte, wurde dieser wiedergewählt.

In Gumburg behaupteten die Genossen das Mandat des verstorbenen Genossen Fischer.

Ein peripherer Streit wurde gegen unsere Fraktion im preussischen Landtage geführt, indem man vier Berliner Mandate für ungültig erklärte. Die Ungültigkeitserklärung wird aber nicht mit Gewissheitsgefühl unserer Genossen begründet, sondern bei Aufstellung der Wählerlisten sind Fehler gemacht, indem man nicht die Steuerereinschätzung des Jahres 1908, sondern die des Jahres 1907 für die Klasseneinteilung zugrunde legte. Dieser Fehler ist aber nicht von unseren Genossen, sondern von unseren Gegnern gemacht. Der Fehler ist der Fehler nicht nur in den Kreisen, in denen die Genossen vorgemannt, Gehmann, Girsh und Hoffmann gewählt sind, gemacht, sondern in sämtlichen zwölf Berliner Kreisen. Sollte man gerecht sein, dann hätte man entweder alle Berliner Wahlen für ungültig erklären müssen, oder, wenn man beschränkte, daß dann unsere Genossen noch mehr als sechs Kreise erobern würden, alle Wahlen, bei denen kein anderer Einspruchsgrund geltend gemacht werden konnte, für gültig erklären müssen. So sind denn in Preußen vier Landtagsmandate, die wir im Besitz hatten, erobert und haben erst die Wähler über die zukünftige Besetzung zu entscheiden.

In Sachsen ist das Mandat des Genossen Goldstein durch dessen Tod erledigt. Dort wird eine Ersatzwahl nicht stattfinden, weil eine Neuwahl des ganzen Landtages auf Grund des neuen Gesetzes stattfindet.

Am Ende des Berichtsjahres saßen in 10 deutschen Bundesstaaten 139 Abgeordnete in den Landtagen, gegen 151 in 19 Staaten zu Anfang des Jahres. Es entfallen davon auf:

Bayern	21	Schwarzburg-Rudolstadt	7
Darmstadt	21	Oberbayern	4
Bremen	16	Sachsen-Weimar	3
Märtenberg	15	Sachsen-Meiningen	3
Baden	12	Sachsen-Altenburg	3
Sachsen-Gotha	8	Sachsen-Weimar-Eisenach	3
Lübeck	8	Lippe	1
Hessen	7	Anhalt	1
Sachsen-Meiningen	7	Schwarzburg-Rudolstadt	1
		Sachsen-Meiningen	1

Gemeindegewahlen.

Von hervorragender Bedeutung sind die Kämpfe in Bayern, weil hier zum ersten Male das Verhältniswahlrecht bei den Gemeindegewahlen zur Anwendung kam. Jetzt zogen unsere Genossen in vielen Stadt- und Gemeindegewerkschaften ein, aus denen sie bisher ferngehalten wurden. In Nürnberg, dessen liberale Stadtverwaltung einen schärfsten Ruf hatte, waren 20 Gemeindegewahlmänner zu wählen. Hierin erzielten unsere Genossen zehn Sitze, die Liberalen acht, das Zentrum und die Mittelhandspartei je eine Stelle.

Auch in eine Anzahl preussischer Städte, wo bisher keine Sozialdemokraten in der Stadtverwaltung saßen, hielten unsere Genossen ihren Einzug. So z. B. in Essen und Wülfrath. In diesen Städten sind die Wahlen im Rahmen der Mandate wieder abgelehnt. Den Genossen in Wülfrath wurde aber das Mandat wieder abgelehnt, nicht weil Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen waren, sondern weil man nach der Wahl ermittelte, daß nicht die nötige Anzahl Hausbesitzer in der Stadtverwaltung saß. Da die Stadtverwaltung Hausbesitzer in der Stadtverwaltung saß, so prüfte man nach der Wahl, wie viele Mitglieder der Stadtverwaltung diese Eigenschaft besaßen. Und da der größte Teil der bisherigen Stadtverordneten nicht im Besitze eines Hauses war, erklärte der Bezirksausschuß die Mandate der Neuwahligen für ungültig.

Mandatsraub ist das erste Mittel, an welches die Gegner denken, wenn plötzliche Gede in den Parteien kommen. Kann man mit diesem Mittel nicht zum Ziele kommen, dann greift man zu dem Mittel des Wahlrechtsraubs wie in Kiel und Rüggen.

Die Wahlkämpfe, die im Laufe des Jahres geführt wurden, endeten in allen Gegenden mit einem Vordringen der Partei. Mandate wurden erobert, wo man kaum an einen Sieg gedacht hatte. Was aber um so erfreulicher ist, daß aus allen Gegenden ein erheblicher oft ungehörter Stimmengewinn gemeldet wird. Würde man

eine vollständige Wahlstatistik haben, dann würde sich wohl ergeben, daß es wenig Zeiten gegeben hat, die einen solchen Stimmengewinn aufzuweisen haben als das letzte Jahr.

Wiederholt wurden Parteigenossen zu Gemeindebeamten gewählt, aber dort, wo das Verhältniswahlrecht besteht, in der Regel nicht bestätigt. In der zur Republik Lübeck gehörenden Gemeinde Moisling wurde wiederholt unser Genosse Strauß zum Gemeindevorsteher gewählt und nicht bestätigt. Als zum dritten Male der Genosse gewählt war, wurde der Senat in der Bürgerchaft von sozialdemokratischer und freisinniger Seite interpelliert, weshalb die Bestätigung durch das Stadt- und Landamt nicht erfolgte. Der Gemeindevorsteher ist 20 Jahre in der Gemeinde anständig und völlig unbescholten. Dreimal hat die Gemeinde Moisling ihm mit großer Mehrheit, zuletzt mit 154 gegen 15 Stimmen, in ihrer Versammlung entsandt, doch wurde jedesmal ohne Angabe von Gründen die Bestätigung verweigert. Der Senat ließ in der Bürgerchaft erklären, daß die Behörde den Mann zur Ausübung des Ehrenamtes nicht für fähig erachtete, weil er ein eifriger sozialdemokratischer Agitator sei.

Gegen dieses Verfahren, den sozialdemokratischen Kandidaten die Ehrenrechte abzusprechen, wandten sich unsere Genossen mit scharfem Nachdruck. Auch von den bürgerlichen Rednern wurde der Standpunkt der Behörde verurteilt. Kein einziger half dem Senat in seiner Not. Auch diesesmal wurde die Bestätigung verweigert und Strauß wurde zum vierten Male wieder gewählt. Es folgte die dritte Ablehnung und die Einwohner von Moisling antworteten mit der Bitterkeit von Strauß, der nun 100 Stimmen gegen 13 bürgerliche Stimmen erhielt. So protestierte die Bevölkerung gegen die Maßnahmen des Senats.

In Laubach in der Pfalz wurde der Genosse Witsch zum Bürgermeister gewählt, aber nicht bestätigt. Unser Münchener Parteivorstand, die Münchener Post, bemerkt dazu:

„Diese Entscheidung entspricht dem System Vortreue, zu dem sich offenbar die ganze Regierung jetzt bekennt. Sie ist eine Selbstverleugung und beschränkt diesen Mangel an Charakter durch eine Verbindung, die ebenso unabhängig wie jämmerlich genannt werden muß.“

Auf die Erklärung vom Unterschiede zwischen dem unabhängigen und dem Sozialdemokraten und dem „von seiner Partei abhängigen“ bilden sich die Weisen der Regierung gewiß noch sehr viel ein.

Sie übersehen dabei nur, daß sie nach wie vor ein Ausnahmestück gegen die Sozialdemokratie erlassen, denn nur für diese gelten doch ihre Vorbehalte. Die wirtschaftliche und parteipolitische Abhängigkeit eines Mitarbeiters irgendeiner bürgerlichen Partei ist für die Regierung kein Grund zur Nichtbestätigung, wie ja auch der frühere Bürgermeister von Landstuhl ein von den Fabrikanten völlig abhängiger Arbeitermeister war.

Auch die Bestätigung des Adjunkten verweist den üblen Eindruck dieser Entscheidung nicht.

Man weiß zwar das Ministerium des Innern genau so gut wie alle anderen Ministerien es wissen, daß überall, wo Sozialdemokraten eine öffentliche Funktion ausüben, auch nicht die geringsten Klagen aufkommen sind. Nicht nur beim Scherzbeamten, sondern bei allen Institutionen der Rechtsprechung, bei allen öffentlichen Verwaltungen sind die Mitglieder der Sozialdemokratie als völlig unparteiisch und der Sache dienlich erprobt worden.

Weil aber die Staatsregierung das weiß, weil ihre Vertreter es wiederholt anerkannt haben, ist die Bemerkung ihres Mangels an Mut doppelt unanständig.“

Die Gesamtzahl unserer Vertreter in Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand beträgt 274, in Stadtvorstand und Gemeindevorständen hat die Partei 6250 Vertreter.

Meißeier.

Auch in diesem Jahre hatte die Meißeier in einigen Bezirken unter der schwersten Wirtschaftskrise zu leiden. Von einem Niedergang der Arbeiterschaft im Vergleich zum Vorjahr kann jedoch im allgemeinen keine Rede sein. Die Vorarbeiten zur Erzielung einer umfassenden Meißeier wurden im ganzen Lande rechtzeitig in Angriff genommen. Ende Februar hatten Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften in einem Zielort auf die in Betracht kommenden Beschüsse der internationalen Kongresse zur würdigen Ausgestaltung der Meißeier hingewiesen.

Der Rürstener Parteitag hatte einen Antrag Franke angenommen, der besagte:

„Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.“

In einigen Orten stießen die örtlichen Parteioptionen bei der Durchführung dieses Antrages bei einem Teil des Personals der Parteigeschäfte auf Schwierigkeiten. Eine Reihe Parteigenossen weigerte sich, den Tagesverdienst des 1. Mai abzugeben, weil der Parteitag kein Recht habe, einseitig solche nur einen bescheidenen Teil der Genossen belastende Beschüsse zu fassen und weil es nach Ablehnung des gemeinsamen Parteivertrages durch den Rürstener Parteitag keine gemeinsame Kasse von Partei und Gewerkschaft an den einzelnen Orten gebe. Es ist richtig, daß die Fassung des Antrages 90 keine glückliche ist und der Antrag 90 hätte in Nürnberg nach Ablehnung der Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission eigentlich vor seiner Annahme eine andere Fassung erhalten müssen. Wenn aber auch die Ansichten darüber auseinandergehen, ob es zweckmäßig war, nach Ablehnung der Vereinbarungen den Antrag Franke anzunehmen, so kann dennoch über den Sinn des angenommenen Antrages lokalweise kein Zweifel sein. Der Antrag verpflichtete die Genossen, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, ihren Tageslohn abzugeben. Es blieb ihnen überlassen, den Lohn an die Parteikasse oder an die Gewerkschaft abzugeben. Der Rürstener Beschluß galt für die Parteigenossen als solche, und deshalb galt er auch selbstverständlich für jeden politisch organisierten Gewerkschaftler.

Mit einer Regelung der Unterstützung der Partei- und Gewerkschaften in mehreren Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften und den Vertretern der Landes- und Bezirksorganisationen beschäftigt. Die deutsche Delegation des Stuttgarter internationalen Kongresses hatte bekanntlich (1907) folgenden Beschluß gefaßt:

„Die deutsche Delegation zum Internationalen Kongress in Stuttgart empfiehlt, die Feier des 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitslose Maßnahmen zur Folge hat, muß den wegen der Unterstützung gewährt werden, auf geschäftlichen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum Internationalen Kongress nicht kompetent; sie erwartet jedoch vom nächsten Parteitag die Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von Partei und Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie Partei und Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt der Verbindung der Parteigenossen, Partei und Gewerkschaften, vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist.“

In der Zeit zwischen dem Stuttgarter Internationalen Kongress und dem Essener Parteitag im Jahre 1907 kamen Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften zu keiner Einigung über die Einzelheiten des Stuttgarter Beschlusses. Der Essener Parteitag beschloß deshalb:

„Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Meißeier beschließt der Parteivorstand, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalkommission nach den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.“ (Fortsetzung folgt.)

Räumungs-Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen!

Maschinen-Jaeken Stüd 95 Pf.
 Maschinen-Hosen Stüd 95 Pf.
 Militärhemden, blau gestreift Stüd 95 Pf.
 Männer-Zephir-Barchenthemden Stüd 95 Pf.
 Frauen-Zephir-Barchenthemden Stüd 95 Pf.

Knaben-Stoff-Leibchenhosen alle Größen Stüd 95 Pf.

Grauer Barchent-Unterrock mit Bolant und Maschinenlangweite Stüd 1 05 Pf.
 Knaben- u. Mädchen-Strohüte m. Band Stüd 45 Pf.

Knaben-Waschblusen hohelegante Fasson, beste Stoffe, für 3 bis 7 Jahr Stüd 95 Pf.

Knaben-Waschblusen hohelegante Fasson, prima Stoffe, für 8 bis 12 Jahr Stüd 1 25 Pf.

Musseline m. Bordüre Meter 28 Pf.

Posten hoheleganter weisser Blusenstoffe, empfindende Muster, jetzt Meter 78 Pf.

Gestreifter Alpaka, doppeltbreit, Meter 95 Pf.

400 Stück pa. extra weite Blau druck-Wirtschaftsschürzen Stüd 95 Pf.

500 extragroße Wirtschafts-Schürzen, Prima Stoffe, 120 cm breit, mit Bolant u. Bejah Stüd 97 Pf.

300 Stück Kinderschürzen reich belegt, Prima Stoffe, 10 Fasson, für 3 bis 9 Jahr Stüd 95 Pf.

240 Stück hohelegante Zier-Schürzen mit Träger, reich belegt, 15 Fasson Stüd 95 Pf.

Ein Posten einzelne Damen-Hemden und -Beinkleider aus guten Stoffen, etwas angestaubt durchschnittlich Stück 95 Pf.

Angestaubte, gute einzelne Damen-Hemden und -Beinkleider prima Näharbeit mit Stickerel durchschnittlich Stück 1 35 Pf.

Angestaubte, elegante einzelne Damen-Hemden und -Beinkleider prima Stoffe, elegante Stickerelen, Kollektionsstücke usw., durchschnittlich St. 1 75 Pf.

Stickerei-Untertailen sehr elegant, mit Seidenband-Durchzug Stück 95 Pf.

Notiz! Alle offerierten Waren haben bedeutend höheren Wert! **Notiz!**

Grosse bunte Kaffeedecken Stüd 95 Pf.
 Teegedecke mit 6 Servietten Stüd 1.10
 Elegante Kaffeedecken, bunt Stüd 1.05

Posten große Schlafdecken Thermoleder und imitiert Kamelhaar Stüd 95 Pf.

Stoppdecken groß, Teisofutter, rotbraun Satin Stüd 3.25

Posten schwere prima Handtücher weiß mit bunter Rante, 60/110 cm 1/4 Dqb. 2.25

Posten große Wischtücher weiß mit rot Raro u. grau far. 1/4 Dqb. 95 Pf.

130 cm Bettuchleinen Meter 67 Pf.
 130 cm Bettuch-Dowlas Meter 40 Pf.
 130 cm Stangenleinen Meter 78 Pf.
 130 cm Damast für Bettbez. Meter 83 Pf.
 84 cm Damast für Kissen Meter 53 Pf.
 84 cm Stangenleinen Meter 43 Pf.
 84 cm buntes Bettzeug Meter 27 Pf.

Hemdentuch-Linon mit kleinen Webflecken Meter 19 Pf.

Hemdentuch, gute Ware Meter 31 Pf.
 Linon für Leibwäsche Meter 37 Pf.

Blusen-Abschnitte Kanten-Musselin Lawntennis-Stoffe. Zephir, gestreift Sport-Flanell jeder Abschnitt 95 Pf.

120 St. hoheleg. Damen-Blusen Woll-Musselin gestreift Alpaka hell und dunkel m. Stickerleinsätzen ganz auf Futter Wert bis 8.50 Pf. jetzt 3 95 Pf.

Hochelegante Gold- und Silber-Gummi-Gürtel moderne Schläffer Stüd 95 Pf.

Socken — Damenstrümpfe — Kinderstrümpfe — Söckchen alle Größen 3 Paar 1 Pf. in bunt leberfarbig schwarz usw., nur gute Qualitäten durchschnittlich

Otto Heinemann

Weber-Gasse 26, Wettiner-Strasse 26

gegenüber der Bärenschänke. Ecke Reinhardstrasse.

Eine Kahlladung prima Eilenberger Ely-Kohle
 besserer Ertrag für Ofenagat
 eine Ladung bester böhm. Braunkohlen ist eingetroffen und verkauft bis zu billigen Preisen.
 Abladeplatz: Elbufer am Schusterhaus.
 Verlage: Chamissostraße 6. Oswin Blebach.

Männer-
 Hemden in Sargent 1.00-2.50
 do. Normal 1.00-4.00
 do. weiß 1.10-2.50
 Unterhosen 1.00-4.00
 Unterjacken 0.90-2.50
 Aermelwesten 2.00-9.50
 Socken 0.25-1.20
 do. handgestrickt 1.80
Ernst Klaar
 Elbengasse 25, part. und 1. Etage.
 Eingang Telephonstrasse.
 Federbetten kauft best Federreinigung, Kmalenstr. 12.

Schinkes Wermut-Wein
 zu haben in den Konsumvereinen.
 Alleiniger Hersteller Sebnitz & Co., Dresden, Theresienstr. 18.
 Schinkenfett, 1 Pf. Rauchfleisch, 3 Pf. 90 Pf. Stauvuch, 3 Pf. 60 Pf. sowie vorzüglicher Aufschnitt, Salsen, Salat usw.
Reichhermeyer Kaffee
 Ecke Sachsdorfer u. Kronprinzstr.

Die Näherin findet sofort dauernde Beschäft. C. Espig, Poststraße 16.

1. j. wachf. Stubenbnd ist billig zu verk. G. Müller, Alt-Trachau 24.

Emotie bewährt. gett. Herren-Anzüge u. 8 Pf. an, Monats-Anzüge 12-25 Pf., Winter-Anzüge von 17 bis 38 Pf., einzelne Sätze von 2 Pf. an, einzelne Westen von 50 Pf. an.
E. Näther, Dresden-Mittstadt, Nr. 3 Große Brüdergasse Nr. 3, im Laden.

Geistunbliche Umföu

Behandlung mit Witterungsluft durch Zerstreuung - Der Mensch ist Tödel - Wissenschaften, die nicht gelingen - Die moderne Behandlung der Kinder - Die neue Methode

Der einzige Ort bei der fröhlichen Götze... Die Behandlung mit Witterungsluft durch Zerstreuung... Der Mensch ist Tödel... Wissenschaften, die nicht gelingen... Die moderne Behandlung der Kinder... Die neue Methode...

Verstehen. Soweit man jedoch bei der Ansicht... Die Behandlung mit Witterungsluft durch Zerstreuung... Der Mensch ist Tödel... Wissenschaften, die nicht gelingen... Die moderne Behandlung der Kinder... Die neue Methode...

Die in die gleiche Zeit verfallt allgemein die Ansicht... Die Behandlung mit Witterungsluft durch Zerstreuung... Der Mensch ist Tödel... Wissenschaften, die nicht gelingen... Die moderne Behandlung der Kinder... Die neue Methode...

Getteres

Kauf einem Reichthum für Tod... Ein Ding ist eine Erhebung... Ein Ding ist eine Erhebung... Ein Ding ist eine Erhebung... Ein Ding ist eine Erhebung...

Dresdner Kalender

Opernhaus... Schauspielhaus... Schauspielhaus... Schauspielhaus... Schauspielhaus...

Die Halleberg'sche... Die Halleberg'sche... Die Halleberg'sche... Die Halleberg'sche... Die Halleberg'sche...

Internationale... Internationale... Internationale... Internationale... Internationale...

Wissenschaftliche... Wissenschaftliche... Wissenschaftliche... Wissenschaftliche... Wissenschaftliche...

Erziehungsanstalt... Erziehungsanstalt... Erziehungsanstalt... Erziehungsanstalt... Erziehungsanstalt...

Jugend-Bildungsverein

Die in die gleiche Zeit verfallt allgemein die Ansicht... Die Bildung des... Die Bildung des... Die Bildung des... Die Bildung des...

Wahr

Der Berliner... Der Berliner... Der Berliner... Der Berliner... Der Berliner...

Kleine Mitteilungen

Nicht weniger als 3000... Nicht weniger als 3000... Nicht weniger als 3000... Nicht weniger als 3000... Nicht weniger als 3000...

Stille... Stille... Stille... Stille... Stille...

Die... Die... Die... Die... Die...

Die... Die... Die... Die... Die...

Die... Die... Die... Die... Die...

Grüßlichkeiten

Von der... Von der... Von der... Von der... Von der...

Von... Von... Von... Von... Von...

